

Koalitionsvertrag

zwischen

Juso-Hochschulgruppe

und

CAMPUSGRÜN

Zur Bildung des Allgemeinen Studierendenausschusses
in der 65. Legislatur des
Studierendenparlamentes der
Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Wir versuchen im AStA sowohl in Sprache als auch in Schrift den Genderstern (*) zu benutzen. Wir sehen in unserer Gesellschaft nach wie vor eine strukturelle Benachteiligung von Frauen und Menschen, die sich weder als männlich, noch als weiblich verstehen, gegeben. Da Sprache nicht nur ein Teil gesellschaftlicher Realität ist, sondern diese auch reproduziert und damit konstruiert, ist es uns wichtig eine gendersensible Sprache an den Tag zu legen, um so die männliche Norm in Frage zu stellen, welche sich auch häufig in der Sprache in Form des generischen Maskulinum niederschlägt. Wir sind dabei nicht der Meinung, materielle gesellschaftliche Ungleichheiten allein durch sprachliche Veränderungen umkehren zu können, sehen dies aber als einen kleinen Schritt in die richtige Richtung. Auch die Konfrontation mit Gendern in der Sprache kann einen Beitrag dazu leisten, die bestehenden Ungleichheiten öffentlich zu thematisieren und damit als Problem zu erkennen.

Inhalt

Präambel	4
1 Einleitung.....	5
2 Arbeitsbereichsübergreifende Arbeit	5
3 Arbeitsbereiche	6
3.1 Vorstand	6
3.2 Finanzen.....	6
3.3 Hochschulpolitik	6
3.4 Kultur	7
3.5 Ökologie.....	8
3.6 Verkehr	9
3.7 Presse - und Öffentlichkeitsarbeit	10
3.8 Soziales	11
3.9 Politische Bildung	13
3.10 Studierendenwerk	13
4 Studierendenparlament	14
5 Autonome Referate	14
6 Inkrafttreten	15

Präambel

Die diesen Koalitionsvertrag unterzeichnenden Gruppen nehmen den Auftrag der Wähler*innen an. Die Koalition stellt sich der anspruchsvollen, aber zugleich chancenreichen Herausforderung, eine gemeinsame Politik für die studentische Selbstverwaltung an der Johannes Gutenberg-Universität zu formulieren und diese gemeinsam nach innen und außen zu vertreten. Das der Koalition durch die Wahl zum 65. Studierendenparlament erteilte politische Mandat versteht die Koalition als Aufgabe und Verpflichtung. Beidem kommt sie in ihrer bereichernden Vielfalt ihrer jeweiligen politischen Ausrichtungen, aber vor allem auch in der Gesamtheit ihrer politischen Inhalte, nach.

Die Koalition bekennt sich zum Wert der Freiheit, verstanden als Freiheit der Individuen von unterdrückenden Strukturen und Systemen. Dazu zählen insbesondere solche mit sexistischen, rassistischen, xenophoben, faschistischen, nationalistischen, antisemitischen, homophoben, transphoben, Diskriminierung aufgrund des Aussehens und weiteren benachteiligenden bis hin zu menschenverachtenden, verfassungsfeindlichen Inhalten und Ausprägungen. Hierunter fallen ausdrücklich auch Diskriminierungen aufgrund der sozialen Herkunft. Wir lehnen die Diskriminierung von Behinderten ab; bestehende Barrieren auf dem Campus müssen abgebaut werden.

Wir dulden unter keinen Umständen Äußerungen, Schriften und Taten mit solchen Inhalten und stellen uns diesen Tendenzen aktiv entgegen. Wir werden bei allen Äußerungen geschlechtergerechte Sprache anwenden. Für die unterzeichnenden Gruppen steht fest, dass Freiheit nur dann möglich ist, wenn die Chancengleichheit aller gewährleistet ist. Deshalb stellen wir uns dem Auftrag, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichstellung aller Geschlechter zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Barrieren in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen für eine gleichberechtigte Teilhabe Aller hinzuwirken. Hierbei unterstützen wir auch die Autonomen Referate bei ihrer Arbeit. Die Verwirklichung dieses Grundsatzes ist eine der wichtigsten Leitlinien der gesamten Koalitionsarbeit.

Die Koalition bekennt sich zum Wert der Demokratie, also der Ermöglichung der Partizipation Aller. Meinungsbildung und Partizipation aller Studierenden ist jedoch nur dann möglich, wenn diese über die Vorgänge und Abläufe der entsprechenden Gremien informiert sind. Deshalb ist eine Verbesserung der Transparenz der Entscheidungen, Diskussionen und Themen sowie

Mitbestimmungsmöglichkeiten in Studierendenparlament (StuPa), Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA) und auf universitärer Ebene unerlässlich. Gleichzeitig bemüht sich die Koalition verstärkt, um die Koordination der in der studentischen Selbstverwaltung entwickelten Positionen mit den studentischen Vertreter*innen in der akademischen Selbstverwaltung. Der AStA dient hierbei als Schnittstelle der Vernetzung universitärer und weiterer Gremien der Verfassten Studierendenschaft.

Wir fordern ausdrücklich die Einführung eines paritätischen Mitbestimmungsrechts der Studierenden in den Gremien der Universität. Wir fördern weiterhin selbstverständlich studentisches Engagement, sofern es nicht eklatant unseren festgehaltenen Grundsätzen und dem Interesse der Verfassten Studierendenschaft als solcher widerspricht. Wir fordern aber auch von Seiten der Hochschule, dass die Vereinbarkeit von Studium und Ehrenamt in höherem Maße ermöglicht wird. Wir stellen uns der Herausforderung, an der Erfüllung der Aufgaben der Hochschule, insbesondere durch Positionierungen zu hochschul- oder wissenschaftspolitischen Fragen, mitzuwirken. Da der Gegenstandsbereich wissenschaftlicher Erkenntnis und die politischen Fragestellungen an den Hochschulen nur durch einen Bezug auf den gesellschaftlichen Kontext richtig erfasst werden können, stehen wir für eine studentische Selbstverwaltung, die ein umfassendes politisches Mandat wahrnimmt.

Der AStA ist ein wichtiger Arbeitgeber an der Universität und gegenüber der Studierendenschaft selbst. Diese Rolle wird durch die Verantwortlichen gewissenhaft und verantwortlich ausgefüllt. Der AStA arbeitet mit seinen Angestellten in einem kollegialen Verhältnis zusammen. In Bezug auf die Belange der Beschäftigten unterstützt der AStA daher jederzeit die Bildung einer Arbeitnehmer*innenvertretung. Alle Beschäftigten des AStA haben das Recht, aufkommende Probleme und Belange gegenüber dem gesamten AStA zu vertreten.

1 Einleitung

Die Koalitionspartner*innen streben eine Ausweitung des Semestertickets auf ganz Rheinland-Pfalz und das Saarland, sowie die Einwirkung auf Prozesse der Universität im Rahmen der Nachhaltigkeit hin zu einer Entwicklung einer ökologischen Hochschule.

Das Ziel einer bilanziell klimaneutralen Hochschule bis spätestens 2030 wird nachdrücklich unterstützt.

Für uns ist eine Ausfinanzierung des Hochschulwesens und ein bedarfsdeckendes, elternunabhängiges BAföG, das als Vollzuschuss gewährt wird, die Grundlage für ein gutes Studium.

Mit einem vielfältigen Veranstaltungsangebot des Arbeitsbereiches für politische Bildung, einer aktiven Pressearbeit sowie öffentlichen Aktionen und Protesten strebt die Koalition eine weitreichende Wirkung der Verfassten Studierendenschaft in die Gesellschaft hinein, an.

Ein breites Beratungsangebot bei Fragen zu sozialen Belangen und die Vergabe von Hilfen an Studierende in Notlagen sind ebenso Teil unseres Selbstverständnisses wie das Fördern vielfältiger Kulturveranstaltungen auf und neben dem Campus, ohne das Heranbilden studentischer Kultur einzugrenzen. Gleichsam gilt es für die Mitglieder der Koalition den Campus sowie das Verhalten der auf ihm vertretenen Organisationen auf Ökologie und Nachhaltigkeit zu überprüfen und auf Verfehlungen und Probleme in diesem Bereich aufmerksam zu machen. Darüber hinaus soll die Koalition aktiv an Prozessen zur nachhaltigen Gestaltung mitwirken.

Zum Zeitpunkt der Koalitionsbildung besteht noch keine gemeinsame Position bezüglich eines Wiedereintritts in den „freien Zusammenschluss von studentInnenschaften“ (fzs). Im Laufe der kommenden Legislatur wird sich die Koalition intensiv mit dem Thema fzs beschäftigen und eine gemeinsame Position bezüglich eines Wiedereintritts erzielen. Unabhängig davon bekennt sich die Koalition der JGU Mainz zu einer bundesweiten Studierendenvertretung, die gegebenenfalls umgestaltet werden soll.

Das Verhältnis der Verfassten Studierendenschaft zur Hochschulleitung und den weiteren Verantwortungsträger*innen der Johannes Gutenberg-Universität, der Landeshauptstadt Mainz sowie zur Landesregierung bedarf stets einer kritischen Reflexion. Dabei ist für uns die Rückkopplung mit der Studierendenschaft in all solchen Fragen selbstverständlich.

2 Arbeitsbereichsübergreifende Arbeit

Der AStA sieht sich mit all seinen politischen Referent*innen als Gesamtheit und versteht daher alle Veranstaltungen, Aktionen und Positionierungen als Angelegenheit des gesamten AStA. Die Arbeit im AStA soll von gegenseitiger Unterstützung geprägt sein. Das Selbstverständnis der Referent*innen soll sein, dass die eigene Arbeit nicht im Arbeitsbereich aufhört, darunter ist vor allem auch die Anwesenheit bei AStA-Veranstaltungen zu verstehen.

Mit regelmäßigen kleineren und größeren Kampagnen möchten wir die Studierenden auf die vom AStA vertretenen politischen Inhalte aufmerksam machen. In diesem Rahmen soll

Informationsmaterial produziert und verteilt sowie Veranstaltungen durchgeführt werden.

Die Arbeitsbereiche, denen die verschiedenen Themen zugeordnet sind, haben dafür die federführende Zuständigkeit inne; alle anderen AStA-Referent*innen sind dazu angehalten und aufgefordert, auch an den Themen, die nicht in erster Linie ihren Arbeitsbereich betreffen, mitzuwirken.

3 Arbeitsbereiche

3.1 Vorstand

Zu den Aufgaben des Vorstandes gehören insbesondere die Organisation der AStA-internen Arbeit, die Mediation zwischen den Arbeitsbereichen und der Kontakt zu den anderen Organen der Verfassten Studierendenschaft, sowie den politischen Hochschulgruppen. In der kommenden Legislaturperiode ist es die Aufgabe des Vorstandes, den Kontakt und die Vernetzung mit den Vertreter*innen des Landes, der Stadt und der Hochschulleitung weiterhin zu suchen, sofern dies nicht einem anderen Arbeitsbereich obliegt.

Darüber hinaus repräsentiert der*die Vorsitzende den AStA nach außen. Der Vorstand übt die Geschäftsführung des AStA aus und trägt die Verantwortung für die Angestellten des AStA. Bei den Aushandlungen von Kooperationsverträgen bindet der Vorstand die betreffenden Arbeitsbereiche mit ein. Der Vorstand sieht sich als gleichwertigen Teil des gesamten AStA an.

3.2 Finanzen

Der Arbeitsbereich für Finanzen achtet auf die Einhaltung der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit und bringt frühzeitig einen neuen Haushaltsentwurf in das StuPa ein.

3.3 Hochschulpolitik

Wir treten für die Abschaffung des im Grundgesetz verankerten Kooperationsverbotes ein.

Wir fordern für die laufende Legislaturperiode eine weitere Novelle des Hochschulgesetzes. Darin soll eine umfassende Demokratisierung der Hochschulen in Form der Einführung einer Drittelparität sowie der Möglichkeit eines studentischen Mitglieds in Hochschul- und Fachbereichsleitung vorgesehen werden. Darüber hinaus sollen auch die Zweitstudiengebühren abgeschafft werden.

Die Koalition bekennt sich zum freien und uneingeschränkten Zugang zum Master. Alle, die nach dem Bachelor einen Master machen wollen, sollen die Chance dazu bekommen. Wir setzen uns für mehr Master-Studienplätze ein und kämpfen gegen überflüssige Zulassungsbeschränkungen in Form von Mindestnoten, der unispezifischen ECTS-Punkte-Verteilung oder anderen Tests.

Der AStA unterstützt Studierende auf informativer Basis, die gegen Zugangsbeschränkungen bei Masterstudiengängen klagen wollen. Die anstehenden Reakkreditierungen der Bachelor- und Master-Studiengänge möchten wir aktiv begleiten.

Die Koalition tritt für die Etablierung des im Koalitionsvertrag der rot-grünen Landesregierung vorgesehenen Tarifvertrags für die wissenschaftlichen und künstlerischen Hilfskräfte (HiWis) in Rheinland-Pfalz ein.

Die Studierenden der Johannes Gutenberg-Universität sollen in der Lage sein, ihr Studium in freier Selbstverantwortung zu gestalten. Daher setzt sich der AStA für die weitgehende Abschaffung von Anwesenheitspflichten ein, um so die Mündigkeit der zukünftigen Akademiker *innen nicht infrage zu stellen. Den Studierenden muss die Möglichkeit gegeben werden, sich die vermittelten Inhalte auf individuelle Weise anzueignen. Der Eingriff in die Studierfreiheit durch Anwesenheitspflichten wird

nicht durch einen etwaigen Nutzen in der Anwesenheit gerechtfertigt, denn die physische Anwesenheit stellt kein Aneignen von Inhalten und Kompetenzen sicher.

Der AStA kritisiert das Hochschulranking des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE). Die Kritik richtet sich vor allem gegen die fehlerhafte Methodik in Gewichtung und Darstellung, aber auch gegen grundsätzliche Probleme von Hochschulrankings. So stehen die Hochschulen seit längerem unter dem Druck, das eigene Profil schärfen zu müssen und unverwechselbar zu sein, gleichzeitig werden sie jedoch weiterhin als vergleichbar dargestellt. Der AStA sieht daher in dem Austritt aus dem CHE-Ranking und der kritischen Betrachtung von Hochschulrankings im Allgemeinen den richtigen Weg.

Es sollen weiterhin regelmäßige, öffentliche Treffen zwischen den Studierenden, den Mitgliedern des AStA und den Mitgliedern der Hochschulleitung stattfinden. An der Themenfindung soll sich der gesamte AStA beteiligen.

Die Koalition wird sich außerdem dafür einsetzen, dass die Fremdsprachenkurse an der Universität Mainz kostenlos bleiben. Wir streben auch weiterhin eine gute Vernetzung mit dem AStA des Fachbereiches für Translations-, Sprach- und Kulturwissenschaft (FTSK) in Germersheim an und wollen in den die gesamte Universität betreffenden Fragen eine vermehrte Kommunikation suchen.

Die Vernetzung des AStA der JGU Mainz mit und über den fzs obliegt in erster Linie dem Arbeitsbereich für Hochschulpolitik.

Der AStA bringt sich aktiv in die LandesAstenkonferenz (LAK) Rheinland-Pfalz ein und bemüht sich um eine weitreichende und konstruktive regionale und überregionale Vernetzung.

3.4 Kultur

Der Arbeitsbereich für Kultur ist für die Gestaltung der studentischen Kultur auf dem Campus und über dessen Grenzen hinaus zuständig. Dabei sollen alle gegebenen räumlichen Möglichkeiten genutzt werden.

Im Rahmen des Kooperationsvertrags mit dem Kulturcafé ist der Arbeitsbereich maßgeblich für die Gestaltung des Abendprogramms des Kulturcafés verantwortlich. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre besteht Bedarf, das Konzept weiterzuentwickeln. Dabei sollen Bands und Kleinkunst weiterhin die Schwerpunkte bilden; darüber hinaus wird bei der Abendgestaltung eine enge Zusammenarbeit mit den Betriebsleiter*innen des Kulturcafés angestrebt.

Die Zusammenarbeit mit dem Baron soll im bisherigen Maße weitergeführt werden, dabei handelt es sich um projektbezogene Förderung von Veranstaltungen die ohne die Beteiligung des AStA vom Baron finanziell nicht umgesetzt werden können, aber die kulturelle Vielfalt auf dem Campus erweitern.

Es wird weiterhin eine Einbindung des Haus Mainusch als Veranstaltungsort in das Kulturprogramm angestrebt. Dabei soll die Barrierefreiheit gewährleistet werden. Die bisherigen Veranstaltungen im Deck 3 sollen weitergeführt werden.

Der freie Zugang zu Kultur ist für die Koalition ein wesentlicher Bestandteil des freien Zugangs zu Bildung. Viele Studierende nutzen Woche für Woche den kostenfreien Zugang ins Staatstheater. Das im Jahr 2011 eingeführte Staatstheater-Ticket hat sich bewährt und soll weitergeführt werden. Dazu soll auch am Anfang des Wintersemesters wieder mit Flyern und Aktionen auf dieses Angebot hingewiesen werden.

Gerade die freie Kulturszene stellt eine Bereicherung für Studierende dar; es ist das Anliegen der Koalition, Zugang zu einem breiten Kulturangebot zu ermöglichen. Wir streben eine Erweiterung des Theater-Tickets auf die Museen sowie die freie Kulturszene an und wollen dabei die Studierenden weitest möglich einbeziehen. Es soll dabei nicht zu einer Erhöhung des Semesterbeitrages kommen.

Der Arbeitsbereich für Kultur plant, ein Theaterfestival auf dem Campus zu veranstalten, bei dem die studentischen Theatergruppen die Möglichkeit zum Auftritt erhalten sollen.

Die Semestereröffnungsfete (SÖF) soll weiterhin am Anfang eines jeden Semesters durchgeführt und weiterentwickelt werden.

Bei der Auswahl von Künstler*innen die im Rahmen des Kulturprogramms auftreten streben wir möglichst eine ausgeglichene Geschlechterverteilung an, ebenso wollen wir verstärkt jungen Bands und Künstler*innen die Chance zu Auftritten auf dem Campus bieten. Dazu wollen wir weiterhin mit der Kulturinitiative Airfield zusammenarbeiten. Weiterhin wollen wir die kulturellen Veranstaltungen an der Universität, seien sie vom Arbeitsbereich für Kultur, von Fachschaften oder Hochschulgruppen organisiert, mehr als bisher bekannt machen. Dazu streben wir eine enge Kooperation mit dem ZeFaR, dem Arbeitsbereich für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie den Hochschulgruppen an.

3.5 Ökologie

Der Arbeitsbereich für Ökologie arbeitet aktiv an einer sozial und ökologisch nachhaltigeren Ausgestaltung der Johannes Gutenberg-Universität als solche und versucht auf entsprechende Veränderungen in allen universitären Bereichen hinzuwirken. Wir sehen uns außerdem in der Verantwortung, die Studierenden in den Themenfeldern der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit in Form von Vorträgen, Workshops oder sonstigen Aktionen zu sensibilisieren.

Im Sinne eines gesellschaftlichen Wandels hin zu einer progressiven, ökologischen und solidarischen Gesellschaft muss auch die Johannes Gutenberg-Universität eine sozial-ökologische Transformation durchlaufen und ihrer Verantwortung zukünftigen Generationen und der Mitwelt gegenüber bewusster werden. Diesen Wandel wollen wir durch konkrete Aktionen produktiv vorantreiben und dabei die Universität nicht als einen von der Gesellschaft losgelösten Mikrokosmos verstehen.

Beide Koalitionspartnerinnen streben langfristig das Ideal eines „Umweltcampus“ an, das heißt eines Campus, der starken Nachhaltigkeitskriterien gerechter wird und verpflichtet sich entsprechend notwendige sozial-ökologische Veränderungen zu unterstützen.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit soll auf den Verpflegungsbetrieben des Studierendenwerkes liegen. So sollen mehr vegetarische, vegane, saisonale, regionale, biologisch angebaute und faire Alternativen auf dem Campus geschaffen werden. Insbesondere in den kleineren Mensen und Cafeterien als auch beim Getränkeangebot sollen entsprechende Alternativen etabliert werden, da hier in besonderem Maße Ausbaubedarf besteht. Ebenso sollen Nahrungsmittel, z.B. für Allergiker*innen besser gekennzeichnet werden. Der Arbeitsbereich für Ökologie strebt diesbezüglich eine enge Zusammenarbeit mit dem Studierendenwerk, dem Arbeitsbereich für das Studierendenwerk und den studentischen Vertreter*innen im Verwaltungsrat an.

Die in der letzten Legislatur erstmalig durchgeführte „grüne Woche“ in der Mensa werden wir evaluieren und dann in einer verbesserten Form erneut anregen. Ebenso werden wir die angestoßene Mensaumfrage weiter begleiten. Nachhaltigkeitsschulungen für Mitarbeiter*innen der Mensen und Cafeterien, beispielsweise in Fragen der Müllvermeidung, oder vegetarisch-vegane Kochkurse sollen angeregt werden. Diese könnten in Kooperation mit der Initiative „Veggie-Day Rheinland-Pfalz“ durchgeführt werden. Auch die Müllproduktion, insbesondere in Form von Plastikabfällen und Pappbechern, muss reduziert werden. Dazu sollen in Zusammenarbeit mit dem Studierendenwerk Konzepte zur Reduktion von Pappbechern und Einwegplastikverpackungen erarbeitet werden. Wir möchten die kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Konsumverhalten, gerade im Hinblick auf Nahrungsmittel, durch Informationsveranstaltungen fördern.

Eine wichtige Rolle, um das Ideal eines "Umweltcampus" zu erreichen spielt auch die Universität als Betrieb. Wir werden aktiv Kontakte zur Universitätsleitung und Landespolitik suchen, um eine zukünftige Umstellung der universitären Energieversorgung auf eine ökologisch und sozial

verträgliche Stromquelle vorzubereiten. Dabei soll der Wechsel auf Ökostrom für die Universität kostenneutral gestaltet werden, keinesfalls dürfen Mittel für die Lehre vorgesehene Finanzmittel verbraucht werden. Ebenso muss der Energieverbrauch als solcher weiter gesenkt werden.

Die Reduktion der Müllproduktion und dessen bessere Trennung sowie insgesamt eine verstärkte Ressourcenschonung muss erreicht werden. In diesem Zusammenhang möchten wir mit den zuständigen Stellen zusammenarbeiten und Konzepte wie beispielsweise das der "Green IT" verfolgen. In Verhandlungen mit der Universität soll auf eine klimagerechte Bauweise, ausreichende Wärmedämmung und Schaffung von Ausgleichsflächen bei Neubauten und Sanierungen Wert gelegt werden. Unsere diesbezüglichen Vorstellungen werden wir beispielsweise auf Sitzungen des Gestaltungsbeirates einbringen. Ebenso streben wir die Einrichtung eines Nachhaltigkeitsrates, in dem auch Studierende vertreten sein sollen, oder die Schaffung eines*r Nachhaltigkeitsbeauftragten an.

Zusätzliche Aufgabenfelder sind:

- Das Führen von Gesprächen mit den zuständigen Universitätsstellen zu Tierversuch und Tierversuchen im Studium und Evaluation des bestehenden Alternativprogramms in der Biologie. In diesem Zusammenhang soll auch die Tierschutz AG aktiv unterstützt werden.
- Die Durchführung einer veganen Koch-/Back-/Grillreihe.
- Die Berücksichtigung gesundheitspolitischer Aktionen, beispielsweise in Form eines Blutspende-/Organspende-/Knochenmarkspende-Tages auf dem Campus.
- Die Durchführung diverser Veranstaltungen und Veranstaltungsreihen zu verschiedenen Themen. In diesem Kontext ist auch die Etablierung einer "Aktionswoche zur ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit" möglich.
- Die Evaluation der Aktion "Aus Mainzer Studiküchen" sowie möglicher Neukonzeption.
- Die Begleitung und Unterstützung der Campus-Garten AG und des Campus Gartens. Ebenso werden wir uns für eine Fortsetzung dessen auch im neuen Jahr einsetzen.
- Die Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit durch verstärkte Nutzung der sozialen Medien und bereits bestehender Broschüren.

Des Weiteren wird sich der Arbeitsbereich für Ökologie weiterhin aktiv in den Arbeitskreis Nachhaltigkeit des fzs einbringen und sich im Netzwerk Klimagerechte Hochschule engagieren. Das fzs-Positionspapier zur sozialen und ökologischen Verantwortung der Hochschulen soll unter unserer Federführung fertiggestellt werden. Mit ökologischen Referaten oder Arbeitsbereichen anderer Asten, insbesondere in Rheinland-Pfalz, soll die Zusammenarbeit gesucht werden, um daraus eine stärkere Position zu erhalten.

Ebenso werden wir uns aktiv in AStA-Plena einbringen und dort ökosoziale Themen oder Problemstellungen, z.B. in Hinblick auf Papierverbrauch, vermitteln. Auch wollen wir eine Art "Nachhaltigkeitsmanagement" zur Selbstreflexion, z.B. bei Anschaffungen oder Großprojekten, leisten.

3.6 Verkehr

In der Verantwortung des Arbeitsbereiches für Verkehr liegt die Durchführung der Rückerstattung.

Darüber hinaus werden die Verträge mit den Verkehrsträger*innen betreut. Ihm obliegt die Federführung der Projekte CampusCard und Rheinland-Pfalz-Ticket.

Die Nutzung und Förderung öffentlicher Verkehrsmittel, sowie das Fahrrad als Alternative zum Pkw führen zu einem ressourcenschonenden Umgang mit unserer Umwelt. Die einheitliche und übersichtliche Kennzeichnung der Fahrradwege auf dem Campus, die Verbesserung von

Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, sowie die Reduktion des Autoverkehrs erachtet die Koalition daher als wichtigen Schritt. Der Ausbau der MVGmeinRad-Stationen auf dem Universitätsgelände soll ebenfalls zu einem fahrradfreundlichen Campus führen. Um auf die Thematiken aufmerksam zu machen sollen Aktionen wie das "STADTRADELN" und der "Autofreie Hochschultag" in Betracht gezogen werden.

Die Johannes Gutenberg-Universität Mainz ist die größte Universität in Rheinland-Pfalz und liegt direkt an der Grenze zu Hessen. Das momentan vorhandene Semesterticket, dessen Schwerpunkt in Richtung Hessen verläuft, hat sich bewährt und soll erhalten bleiben. Die Koalition ist sich allerdings bewusst, dass der größte Teil der Studierenden aus den Ländern Rheinland-Pfalz und Saarland kommt und will aus diesem Grund eine Erweiterung des momentanen Semesterticket-Gebietes auf den noch nicht abgedeckten Teil von Rheinland-Pfalz und des Saarlandes prüfen. Hierzu sollen auf Grundlage des Rheinland-Pfalz-Tickets der Deutschen Bahn (DB) Verhandlungen mit der DB und ihren Partner*innen geführt werden. Ziel soll es sein, im Laufe der Legislaturperiode eine Urabstimmung über diese Gebietserweiterung und der dadurch entstehenden Mehrkosten durchzuführen, um somit die Entscheidung über die Einführung des Rheinland-Pfalz-Tickets letztendlich den Studierenden zu übertragen.

Die Zusammenführung der verschiedenen für das Studium notwendigen Karten und Ausweise, die ein*e Studierende*r tagtäglich braucht, wird mit besonderem Einsatz verfolgt. Die Gespräche mit den einzelnen Institutionen (Studierendensekretariat, Zentrum für Datenverarbeitung [ZDV], Studierendenwerk, Universitätsbibliothek) haben gezeigt, dass die Universität dem Projekt offen gegenübersteht und dem Wunsch der Studierenden gerne folgen möchte. Besonders die hohe Beteiligung an der Umfrage des AStA und die daraus resultierende Befürwortung einer solchen Einführung bestärkt die Koalitionspartner*innen, dieses Projekt weiter voranzubringen und nun in intensiven Gesprächen und Verhandlungen mit der Universität das vorhandene Konzept zu

verfeinern und sich ergebene Schwierigkeiten und Probleme zu aller Zufriedenheit zu lösen und zu beheben. Gerade in Hinblick auf die möglichen datenschutzrechtlichen Probleme soll die*der Datenschutzbeauftragte der Universität bei allen Gesprächen und Arbeitsschritten mit einbezogen werden und das Kartensystem prüfen. Hierbei soll besonders mit dem ZDV zusammengearbeitet werden, da dieses die Federführung in diesem Projekt übernommen hat. Das ZDV führt im Auftrag der Universität eine Machbarkeitsstudie durch, diese soll begleitet und unterstützt werden. Es soll eng mit dem StuPa zusammengearbeitet werden. So soll auch der Opposition Gelegenheit gegeben werden, eigene Vorstellungen mit einzubringen und gleichzeitig unter Ausräumung der insbesondere datenschutzrechtlichen Bedenken einen möglichen überfraktionellen Konsens zu schaffen.

Wir lehnen die Parkraumbewirtschaftung in ihrer jetzigen Form ab und wirken auf eine

Neugestaltung hin. Wir streben dabei auch eine Verringerung des Autoverkehrs auf dem Campus an.

Des Weiteren will der Arbeitsbereich für Verkehr sich aktiv in den Prozess der Mainzelbahn einbringen und diesen zu begleiten.

3.7 Presse - und Öffentlichkeitsarbeit

Der Arbeitsbereich für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wird die Aufgaben, die Arbeit und die politischen Positionen des AStA gegenüber der Studierendenschaft der Universität Mainz sowie der Öffentlichkeit und den Medien kommunizieren. Es ist seine Aufgabe, die Studierenden über die Aufgaben und die Organisation der studentischen Selbstverwaltung an der Johannes Gutenberg-Universität zu informieren, um so die studentische Partizipation an der Hochschulpolitik zu sichern und zu steigern. Die Außendarstellung erfolgt stets angemessen und so barrierefrei wie möglich. Dabei soll auf alle geeigneten Kanäle zurückgegriffen werden. Ziel des Arbeitsbereiches ist es, ein seriöses und positives Image des AStA zu transportieren und diesen als starken politischen Akteur in der Berichterstattung der regionalen und überregionalen Medien zu etablieren. Durch die vermehrte

Nutzung digitaler Kommunikationsmittel versucht der Arbeitsbereich für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, einen Beitrag zu einem ökologischen und nachhaltig wirtschaftenden AStA beizutragen.

Im Folgenden sind wichtige Aufgaben und Leitlinien des Arbeitsbereiches verankert:

- Die Homepage des AStA wird aktuell, studierendenfreundlich, modern und – soweit möglich – barrierefrei gestaltet.
- Bei der Nutzung sozialer Medien verfolgt der Arbeitsbereich ein von Aktualität und Einheitlichkeit geprägtes Konzept.
- Der digitale Infobrief des AStA wird fortgeführt und weiterentwickelt.
- Der AStA nutzt Pressemitteilungen, um seine politischen Positionen und Mitteilungen in die Öffentlichkeit zu tragen.
- Die „kleine riesin“ wird als Kalender des AStA fortgeführt und konzeptionell weiterentwickelt.
- Im Rahmen der Erstsemesterbegrüßung wird eine Hochschulgruppen-Messe organisiert.
- Andere Arbeitsbereiche sowie Autonome Referate werden bei ihren Projekten durch den Arbeitsbereich für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unterstützt. Ebenso unterstützt der Arbeitsbereich die Hochschulgruppen der Universität Mainz bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit.
- Die Image-Kampagne der vergangenen Legislatur soll evaluiert und Konzepte für eine mögliche Fortführung erarbeitet werden. Bei der Umsetzung dieses Projektes soll der gesamte AStA beteiligt werden. Ziel ist eine Steigerung der Popularität des AStA sowie der Verfassten Studierendenschaft insgesamt.
- Es soll eine Handreichung erstellt werden, welche zur Selbstdarstellung des AStA dient. Diese soll langfristig konzipiert sein und über die Periode einer Legislatur hinaus Gültigkeit haben.
- Die Möglichkeit der Implementierung einer Datenbank, in der alle Beschlüsse des AStA archiviert werden, wird geprüft.

Die unipress ist die Zeitung der Verfassten Studierendenschaft. Alle Studierenden können – sofern die Grundsätze des AStA beachtet werden – darin Artikel und Beiträge veröffentlichen. Die unipress ist eine Arbeitsgemeinschaft des AStA und dem Arbeitsbereich für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit angegliedert. Die unipress wird vom AStA bei der Berichterstattung über die aktuellen Geschehnisse an der Johannes Gutenberg-Universität unterstützt.

Der AStA unterstützt den Verein „Campus Mainz“ in der kommenden Legislaturperiode im Rahmen des abgeschlossenen Kooperationsvertrages und arbeitet mit dem Verein eng zusammen. Über einen nachfolgenden Kooperationsvertrag ab dem Jahr 2016 wird gemeinsam mit „Campus Mainz“ beraten und bezüglich der derzeitigen Zusammenarbeit evaluiert.

3.8 Soziales

Die Frage der Studienfinanzierung ist neben den formalen Zulassungsbeschränkungen die größte Hürde bei der Aufnahme eines Studiums, aber auch bei dessen erfolgreichem Abschluss. Die Angst und die Gefahr der Verschuldung wachsen zunehmend unter den Studierenden. Der zentrale Faktor der Verschuldungsgefahr ist in erster Linie die mangelnde Ausfinanzierung des Studiums, bei stetig steigenden Lebenshaltungs-, Wohnungs- und Studienkosten.

Deshalb fühlen sich die Koalitionspartner*innen in ihrer allgemeinen Ausrichtung besonders sozialpolitischen Themen verpflichtet. In dem Maße, in dem der Staat sich aus einer gerechten und angemessenen Studienfinanzierung und auch aus seiner sozialen Verantwortung zurückzieht, muss

der Arbeitsbereich für Soziales, neben einem verstärkten Hilfs- und Beratungsangebot, auch öffentlichkeitswirksam zu diesen Prozessen Stellung nehmen und in positiver Weise auf sie einwirken.

Konkret spiegelt sich diese Ausrichtung in den folgenden Kernaufgaben und Projekten wider:

- Es sollen Vergabesprechstunden angeboten und Studierenden in Not geholfen werden.
- Innerhalb der Vergabesprechstunden können Studierende sich auch zu ihren individuellen Anliegen bezüglich der BAföG-Anträge beraten lassen.
- Die Koalition bemüht sich um eine Verkürzung der Bearbeitungszeit für die BAföG-Anträge. Dabei soll mindestens einmal pro Semester ein Austausch mit dem BAföG-Amt stattfinden. Insbesondere die Problematiken „Übergangsemester vom Bachelor und Master of Education“ sowie „Überbrückungsdarlehen“ werden weiter bearbeitet und dazu Lösungsansätze zusammen mit dem BAföG-Amt entwickelt.
- Der Sozialreader, eine alle wichtigen Informationen zu Hilfsmöglichkeiten für Studierende in Notlagen umfassende Broschüre, soll fertig gestellt werden
- Die Vergabeordnung des studentischen Hilfsfonds soll überarbeitet werden.
- Mietverträge des Studierenden Werks sollen zusammen mit der Rechtsberatung genauer betrachtet und gegebenenfalls mit dem Studierenden Werk zusammen überarbeitet werden.
- Dem Arbeitsbereich für Soziales obliegt die Vertretung des AstA im Vergabeausschuss des Studierendenwerkes.
- Der Kooperationsvertrag mit der Psychotherapeutischen Beratungsstelle soll weitergeführt werden.
- Die Rechtsberatung bleibt dem Arbeitsbereich für Soziales angegliedert.
- Die Schuldner*innenberatung soll betreut werden.
- Das Projekt der Mietrechtsberatung soll zusammen mit dem Arbeitsbereich für Studierenden Werk etabliert werden.

Um eine möglichst umfassende, fundierte und effiziente Beratung bieten zu können, soll verstärkt mit:

- den Autonomen Referaten des AstA zusammengearbeitet werden. Ein regelmäßiger Austausch wird angestrebt.
- dem Arbeitsbereich für Studierenden Werk zusammengearbeitet werden. Viele Themenbereiche können so gemeinsam erarbeitet werden und besser umgesetzt werden.
- dem AstA der FH Mainz zusammengearbeitet werden.

Wohnungsnot ist unter den Studierenden in Mainz eines der größten Probleme. Der AstA führt aus diesem Grund die Wohnkampagne fort und intensiviert diese zu einem Projekt, welches dauerhaft und stetig wirkt. Dabei soll neben der universitären vor allem auch die außeruniversitäre Öffentlichkeit erreicht und für die Problematik sensibilisiert werden. Wir streben dabei einen regelmäßigen Austausch mit den Verantwortungsträger*innen der Landeshauptstadt Mainz, dem Land Rheinland-Pfalz sowie dem Studierendenwerk an.

Auch soll den Studierenden ein Leitfaden an die Hand gegeben werden, der ihnen hilft, sich auf dem (studentischen) Wohnungsmarkt in Mainz zurechtzufinden.

Wir fordern Land, Stadt und Universität dazu auf, mehr studentischen Wohnraum zu schaffen. Dabei soll die Bezahlbarkeit, die Einhaltung moderner ökologischer Standards sowie eine gute Nahverkehrsanbindung gewährleistet werden.

Zudem lehnt der AStA die Zweitwohnsitzsteuer ab und fordert stattdessen die Einführung einer Zuzugsprämie, wie sie bereits in anderen Städten Deutschlands praktiziert wird. Auch soll darauf hingewirkt werden, dass es keine weiteren Mieterhöhungen in Wohnheimen gibt, die vom Land Rheinland-Pfalz subventioniert werden.

Die Wohnkampagne soll vom gesamten AStA geplant, durchgeführt und evaluiert werden. Der Arbeitsbereich für Soziales wird sich hierbei um die anleitende Organisation kümmern.

Darüber hinaus ist ein elternunabhängiges und bedarfsdeckendes BAföG, das als Vollzuschuss gewährt wird, für die Koalition ein hervorgehobenes Anliegen. Niemand soll wegen seines sozialen Hintergrundes von Bildung ausgeschlossen werden.

Innerhalb dieses Themenkomplexes soll sich mit der neuen Regelung der Großen Koalition auf Bundesebene auseinandergesetzt werden, sodass klare Forderungen nach der Verwendung der freigewordenen Landesmittel formuliert und gegenüber den politisch Verantwortlichen vertreten werden können.

3.9 Politische Bildung

Der Arbeitsbereich für politische Bildung beschäftigt sich kritisch mit tagesaktuellen und allgemeinen politischen Themen. Er erarbeitet ein breites Semesterprogramm mit verschiedenen Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen, politisch-kulturellen Abenden usw. Außerdem bereitet der Arbeitsbereich für politische Bildung eine Veranstaltungsreihe vor, zu der im Anschluss ein Begleitheft publiziert werden soll. Ein wichtiges Anliegen ist dem Arbeitsbereich Politische Bildung die Arbeit gegen jegliche Art der Diskriminierung. Deshalb soll der Arbeitsbereich einen Aktionstag etablieren. Zu den weiteren Aufgaben des Arbeitsbereich Politische Bildung gehört die Unterstützung von Hochschulgruppen, die sich kritisch mit gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Themen auseinander setzen. Sie sollen in die Programmplanung des Arbeitsbereich Politische Bildung mit eingebunden werden.

Der bestehende „Burschi-Reader“ soll aktualisiert werden.

3.10 Studierendenwerk

Der Arbeitsbereich Studierendenwerk stellt die Schnittstelle zwischen AStA und dem Studierendenwerk der Universität Mainz dar, in der Informationen gebündelt ausgetauscht werden können. Weiter versteht sich dieser Arbeitsbereich als Mittler zwischen AStA, insbesondere der Arbeitsbereiche für Ökologie und Soziales, und dem Studierendenwerk und soll eine Vernetzung der Einrichtungen erleichtern. In diesem Zusammenhang soll ein regelmäßiger Termin etabliert werden, der es allen Arbeitsbereichen ermöglicht dringende Fragen gezielt anzusprechen.

Darüber hinaus fungiert der Arbeitsbereich als Anlaufstelle für Wohnheimbewohner*innen bei Problemen mit dem Studierendenwerk. Durch den regelmäßigen Kontakt mit den Heimvertretungen der Wohnheime des Studierendenwerks im Wohnheimparlament (WoPa) kann der Arbeitsbereich auf eventuell auftretende Probleme schneller reagieren.

Der Arbeitsbereich möchte im Rahmen einer „Transparenzinitiative“ auf eine Kennzeichnung der Inhaltsstoffe aller Lebensmittel durch die Abteilung für Hochschulgastronomie des Studierendenwerks Mainz hinarbeiten. Weiter sollen die Studierenden der JGU Mainz im Rahmen der „Wohnkampagne“ auf alternative Wohnkonzepte hingewiesen werden. In diesem Zusammenhang sollen bereits bestehende alternative Wohnkonzepte auf ihre Praktikabilität hin geprüft und bei den Studierenden der JGU Mainz bekannt gemacht werden.

4 Studierendenparlament

Die Koalition strebt eine gute und kollegiale Zusammenarbeit im und mit dem Studierendenparlament an. Wir wollen die Satzungen und Ordnungen der Verfassten Studierendenschaft evaluieren und - wenn nötig - optimieren.

5 Autonome Referate

Die Autonomie der Referate für die Belange ausländischer Studierender, für die Belange behinderter und chronisch kranker Studierender, für alle Frauen, für die Belange schwuler Männer, für Eltern und der Fachschaften wird von den vertragsschließenden Gruppen nachdrücklich anerkannt. Bei vom AStA geplanten Projekten, die sich inhaltlich mit der Arbeit der Autonomen Referate überschneiden, wird eine enge Zusammenarbeit angeboten. Der AStA bietet weiterhin den Autonomen Referaten die Möglichkeit, die Infrastruktur des Arbeitsbereiches für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen. Die koalitionstragenden Gruppen begrüßen eine Zusammenarbeit durch regelmäßige Teilnahme der autonomen Referate an den AStA-Sitzungen und einen verstärkten Input der autonomen Referate. Eine enge Zusammenarbeit zwischen allen Referaten und Arbeitsbereichen ist unabdingbar.

6 Inkrafttreten

Der Koalitionsvertrag tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft.

Mainz, den 9. Juli 2014

Für die Juso-Hochschulgruppe:

Für CampusGrün:

Jana SchneiB

Sarah König

Philipp Hanks

Charlotte Selker

Karl Robert Herr

Emine Aslan